Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 313. Sonntag den 9. November 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, den 12. November 1890, Abends 6½ Uhr, im Saale der vormaligen Handelsbörse am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Verfassungs- und Finanzausschusses über: Anstellung von 3 Expedienten für das Leihhaus und die Sparcasse.

II. Bericht des Schul- und Verfassungsausschusses über die Vorlage, betr. einen Entwurf einer Schulordnung für die Stadt Leipzig mit Ausschluß der §§. 32—35

Bekanntmachung,
die Kirchenvorstandswahl zu St. Petri betreffend.

Nach unserer Bekanntmachung vom 18. October d. J. scheiden nach Ablauf der gesetzmäßigen Wahlperiode aus unserem Kirchenvorstande aus die Herren:

Hofbaumeister **Otto Brückwald,**
Amtsgerichtsrath **Wilhelm Kranichfeld,**
Privatmann **Franz Leuthier,**
Commerzienrath **Julius Meißner,**
Schuldirector **Traugott Reimer,**
Kaufmann **Ferdinand Bruno Selle** und
Baumeister **Daniel Gottlob Vogel.**

Die ausscheidenden Herren sind insgesammt wieder wählbar.

Die Wahl von 7 Mitgliedern in den Kirchenvorstand für die St. Petrigemeinde findet statt:

Mittwoch, den 19. November d. J., von früh 9 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr

in dem nordöstlichen Beichthause der Peterskirche (Eingang der höheren Schule für Mädchen gegenüber).

Wahlberechtigt sind nur diejenigen Gemeindeglieder der Peterskirchenparochie, welche zufolge unserer Bekanntmachung vom 18. October c. sich zu dieser Wahl angemeldet haben und in die Wählerliste eingetragen worden sind. Wählbar sind alle stimmberechtigten Mitglieder der Peterskirchengemeinde (nicht blos die in die Wahlliste Eingetragenen), welche das 30. Lebensjahr vollendet haben.

Die Wähler haben ihr Augenmerk auf Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinne, kirchlicher Einsicht und Erfahrung zu richten. Die Abgabe des Stimmzettels für die Wahl von 7 Personen hat **persönlich am 19. November** in dem obengedachten Beichthause der Peterskirche zu erfolgen.

Wir bitten herzlich und dringend, daß alle diejenigen Gemeindeglieder, welche sich in die Wahlliste haben eintragen lassen, von ihrem Wahlrechte am Wahltage Gebrauch machen wollen.

Leipzig, den 8. November 1890.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Hartung, Pfarrer.

Bekanntmachung,
die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die vereinigte Freischule betr.

Diejenigen Eltern, welche um Aufnahme ihrer Ostern 1891 schulpflichtig werdenden Kinder in die Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben ihre Gesuche **von jetzt ab bis spätestens den 15. dieses Monats** in der Schulexpedition, Alte Waage, Katharinenstraße 1, 1. Etage, Zimmer Nr. 4, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr **persönlich** anzubringen und die ihnen vorzulegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig ein Zeugniß über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzulegen.

Leipzig, den 1. November 1890.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Walter. Lehnert.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 100 gußeisernen, zur Verwendung in asphaltirten Straßen kommenden **Schleußendeckeln** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und eine Zeichnung für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 1 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Lieferung von 100 zur Ausfüllung mit Asphalt eingerichteten Schleußendeckeln"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 24. November 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 4. November 1890.

Ib. 6155. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Wohnungs-Vermiethung.

Im **1. Stockwerk des Hintergebäudes** des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hausgrundstücks **Universitätsstraße Nr. 22 ist eine kleine Wohnung sofort oder den 1. Januar künftigen Jahres** gegen vierteljährliche Kündigung anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 4. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 6270. Dr. Georgi. Wagner.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen
Dienstag, den 11. November 1890, Vormittags von 9 Uhr an im Stadthause hier
verschiedene Möbel, Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, Haus- und Küchengeräthe ꝛc. öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 5. November 1890.

Das Armenamt.
Hentschel. Artus.

Auctions-Bekanntmachung.
Donnerstag, den 13. ds. Mts., Vormittags von 9 Uhr an

sollen im Stadthause, Eingang Mühlgasse Nr. 1, verschiedene Wirthschaftsgegenstände, **Kleidungsstücke,** Taschenuhren, Ringe, 3 Schraubstöcke, 1 Nähmaschine und verschiedene andere Gegenstände an den Meistbietenden **gegen sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 7. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Id. N. 1322 u. f. m. Dr. Georgi. Hüfschmann.

Sitzung des ärztl. Bezirksvereins Leipzig-Stadt
am 13. November, Abends 6 Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

Kurzer Abriß über das 25jährige Bestehen des Vereins durch Herrn Hofrath Prof. Dr. **Winter.**
Bericht über die letzte Sitzung des Kreisvereins-Ausschusses durch den Vorsitzenden desselben, Herrn Dr. **Reinhard.**
Bericht über die zu wählende Vertrauenscommission.
Vereins- und Standesangelegenheiten.

Dr. med. **Henriet.**

Gesucht
wird der **Brunnenbauer Friedrich Hermann Staub** von hier, geboren am 18. Juli 1852 zu Liebertwolkwitz, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Liebertwolkwitz, am 7. November 1890.

Der Ortsarmenverband.
Dyck, Gem.-Vorst.

Die Reise des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler v Caprivi gewinnt überall, wo er sich zeigt, die Herzen durch die Liebenswürdigkeit und die Anspruchslosigkeit seines Wesens, die trotzdem nicht der Würde entbehrt. In München hat er den angenehmsten Eindruck hinterlassen und in Mailand begegnet man ihm gleichfalls in der ehrerbietigsten Weise, obwohl der Mailänder „Secolo" die Tactlosigkeit begangen hat, am Tage der Ankunft des Reichskanzlers einen Artikel zu veröffentlichen, welcher dem angeblichen festen Willen aller Italiener Ausdruck giebt, den Bund des Dreibundes zu brechen und die politische Unabhängigkeit Italiens zum Segen des europäischen Friedens wieder zu erlangen. Die italienischen Radicalen treten wohl nur deshalb mit so großer Rücksichtslosigkeit auf, weil sie wissen, daß ihren Worten die Thaten doch nicht entsprechen können. Wäre Aussicht vorhanden, daß sie mit ihren lärmenden Kundgebungen durchdrängen, dann würden sie wahrscheinlich verstummen. Unter den obwaltenden Umständen wollen sie sich aber die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Aufsehen zu erregen und sich dadurch interessant zu machen. Wir haben uns niemals des Gedankens erwehren können, daß die Brandreden der Cavallotti und Imbriani nicht ernst zu nehmen sind, daß sie vielmehr lediglich den Zweck haben, die beiden Männer der öffentlichen Aufmerksamkeit zu empfehlen und ihrem Streberthum als Grundlage zu dienen. Es ist das eine Praxis, die auch anderwärts geübt wird, wenn auch der gehoffte Erfolg ausbleibt. Es findet sich immer eine beträchtliche Anzahl von Leuten, welchen es Vergnügen macht, den Anstrengungen zu folgen, welche die Opposition aus Grundsatz macht, um sich Geltung zu verschaffen, und wenn die Opposition auch noch so unvernünftig ist und sich nur durch künstliche Mittel erklären und rechtfertigen läßt. Die italienischen Radicalen sind Muster ihrer Gattung, sie schrecken vor Nichts zurück, was geeignet ist, die Namen der Führer bekannt zu machen, wenn die Träger dieser Namen dadurch auch nicht berühmt, sondern nur berüchtigt werden. Die italienischen Radicalen haben den Dreibund oft als ein Hinderniß für den Frieden bezeichnet, sie haben aber noch niemals versucht, diese Behauptung zu beweisen, weil sie wissen, daß der Beweis nicht erbracht werden kann. Niemals war aber die Gegnerschaft gegen den Dreibund übler angebracht, als am Tage der Ankunft des deutschen Reichskanzlers in Mailand.

Als ein Gegenstück der Feindseligkeit des „Secolo" gegen den Dreibund verdient eine Veröffentlichung der „Opinione" erwähnt zu werden, welche in dem Satze gipfelt: Ohne den Dreibund wäre Italien heute in Blut und Thränen gebadet und wirthschaftlich zu Grunde gerichtet. Der Gedankengang des Verfassers mag dabei etwa der gewesen sein, daß Italien dann die Freiheit gehabt hätte, den Lockungen Frankreichs Folge zu leisten und daß der daraus sich entwickelnde Krieg mit einer Niederlage der verbündeten romanischen Völker geendet hätte. Derartige Ergebnisse der Einbildungskraft haben immer die mißliche Seite, daß ihre Richtigkeit nicht bewiesen werden kann, aber jedenfalls hat es die Wahrscheinlichkeit für sich, daß Diejenigen auf dem falschen Wege sind, welche die Auflösung des Dreibundes als dem Frieden Europas günstig ausgeben.

Von den Theilnehmern des Dreibundes hat Italien offenbar die ungünstigste Stellung, denn es hat mit Widerwärtigkeiten und mit Schwierigkeiten im Innern zu kämpfen, die in keinem anderen Großstaate Europas angetroffen werden. Papstthum, Irredentismus, Hinneigung zu Frankreich, finanzielle Schwierigkeiten, Socialismus und Republikanismus machen sich nirgends sonst in Europa so breit wie in Italien. Dazu kommt das Räuberunwesen in der Romagne und auf Sicilien, die Unbildung und politische Unreife des größeren Theiles der Bevölkerung, so daß die Regierung kaum weiß, wohin sie ihre Aufmerksamkeit zuerst richten soll. Daß unter solchen Verhältnissen auch Fehler gemacht werden, die selbst bei vollem Verständniß der Regierung von ihrer Aufgabe nicht immer zu vermeiden sind, ist sehr erklärlich, und deshalb sind die Bemühungen Deutschlands, dem italienischen Verbündeten seine Aufgabe in jeder möglichen Weise zu erleichtern, mit Freuden zu begrüßen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind darüber einig, daß in dieser Beziehung kaum genug gethan werden kann, und Deutschland ist in der glücklichen Lage, als Dritter im Bunde nach beiden Seiten hin beruhigend zu wirken. Ein leiser Vorwurf gegen die führende Macht in Deutschland klingt aus der Stelle der Florentiner Rede Crispi's heraus, welche die Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft am päpstlichen Hofe betrifft. Crispi bezeichnet diese Maßregel als ein Zeichen der Annäherung Preußens an den Vatican, macht aber gleichzeitig die falsche Politik Italiens dafür verantwortlich. Der italienische Minister legt sich diesen Schritt vom italienischen Standpuncte aus zurecht; in Preußen sind sicher andere Gründe dafür maßgebend gewesen, und auch ein rechtzeitiges Entgegenkommen Italiens würde die Sendung des Herrn von Schlözer nach Rom nicht verhindert haben. Es ist überhaupt ein verfehltes Beginnen, dem Worte „wenn" in der Politik eine Bedeutung zuzugestehen. Was geschehen ist, gehört allein in den Kreis der politischen Erwägung, und daraus nur können Schlüsse für die zukünftigen Ereignisse gezogen werden, nicht aus Dem, was möglicherweise hätte geschehen können, wenn Das oder Jenes so oder so gewesen wäre. Der Vatican ist ein Factor, mit welchem gerechnet werden muß, weil er großen politischen Einfluß in der ganzen Welt hat. Wäre das nicht der Fall, dann gäbe es im deutschen Reichstage und im preußischen Landtage keine Centrumspartei, dann beständen nur sechs Großmächte, die siebente, das Papstthum, wird nicht als solche bezeichnet, sie ist es aber in vollem Umfange trotz der mangelnden weltlichen Herrschaft, auf deren Wiederherstellung sie angeblich so großen Werth legt, obwohl die Agitation dafür mehr Mittel als Zweck ist.

Das Verhältniß Deutschlands zu Italien ist und wird stets beeinflußt sein durch das Verhältniß, in welchem Deutschland zum Papste steht. Der Papst ist für Italien der Feind, während er für Deutschland ein Machtfactor ist, der unabhängig von dem Königreich Italien berücksichtigt werden muß. Der Papst ist ein Feind des Dreibundes, weil dieser Bund die Macht Italiens erhöht und seine Unabhängigkeit vom Vatican sichert, aber dieser kirchliche Machthaber verliert in dem Maße an Einfluß auf die Entwickelung Italiens, als sich Italien von diesem Einflusse unabhängig macht, indem es zeigt, daß der Papst in Italien nicht mehr zu bedeuten hat, als sonst in der Welt. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht, das Papstthum wird von einem großen Theil der Italiener immer noch als italienische Einrichtung aufgefaßt, und diese Auffassung ermöglicht die Agitation für Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstthums. Die katholische Kirche ist aber, politisch betrachtet, eine internationale Macht, welche ihre politische Aufgabe stets darin erblickt hat, einen bestimmenden Einfluß auf die Entwickelung des Weltgetriebes zu äußern. Diesen Einfluß auf das erreichbare Maß einzuschränken, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsmänner der Gegenwart.

Leipzig, 9. November.

* Die öffentliche Aufmerksamkeit in Berlin wendet sich in erhöhtem Maße dem mit der zeitweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Schloßpfarrers und des Seelsorgers bei der kaiserlichen Familie betrauten Consistorialraths Dryander zu, seit Herr Hofprediger Stöcker diese Anordnung zum äußeren Anlasse für die Einreichung seines Entlassungsgesuches genommen hat. Dryander, der erste Prediger der Dreifaltigkeitskirche, hat, wie die „Vossische Zeitung" ausführt, die Kanzel zur Verfügung, auf welcher einst Schleiermacher wirkte. Zu seinen Predigten drängt sich Hoch und Gering, und die Kirche kann die Massen nicht alle aufnehmen, die sich an Dryander's eindringlichen Worten erbauen und erheben wollen. Ein Theologe, der die Eigenart der Berliner Kanzelredner aufmerksam und verständnißvoll studirt hat, rühmt als den Grund der großen Erfolge Dryander's dessen Realismus, die nüchterne Beleuchtung der Wirklichkeit. In Allem, was das Leben angeht, zeige er hohe Einsicht und fast divinatorischen Scharfsinn. Er nehme gleichsam jeden Zuhörer besonders und biete ihm nicht abstracte Allgemeinheiten, sondern das, was seinen besonderen Bedürfnissen entspricht. Ohne die Kirchenlehre gering zu achten, mache er sie nicht zum Mittelpuncte seiner Ausführungen: den Inhalt seiner Gedanken bilden weniger übersinnliche Probleme, als praktische Erfordernisse der Gemeinde, die Noth der Gegenwart, das Verlangen und Hoffen des Einzelnen. Seine Predigt, scheinbar das unmittelbare Erzeugniß augenblicklicher Eingebung, kommt von Herzen und dringt zu Herzen. Seine Sätze sind kurz, knapp, bündig. Dabei weiß er, ohne den Werth der Form zu übertreiben, auch den gebildeten Hörer ästhetisch zu befriedigen und sein Gefühl anzuregen und zu erwärmen. Die Schwärmerei, welche von der hohen, ehrwürdigen Gestalt Dryander's ausgeht, ist nicht die des strafenden Bußpredigers, sondern des milden, versöhnenden Mannes der Liebe. Den kirchlichen Kämpfen hat sich Dryander zumeist fern gehalten. Der Sohn eines liberalen Theologen, neigt er selbst einer mehr vermittelnden, als herrschsüchtigen Richtung zu. Dryander war ein beliebter Prediger in Bonn, als Prinz Wilhelm dort die Hochschule besuchte. Aus jener Zeit mag die Vorliebe stammen, welche der heutige Kaiser für den Pfarrer der Dreifaltigkeitskirche durch den wiederholten Besuch seiner Predigten und seine nunmehrige Berufung zum Stellvertreter des Oberhofpredigers Kögel bewiesen hat.

* Dem Vernehmen nach ist der Plan für den Fortbau des Reichstagsgebäudes dahin festgestellt, daß im Jahre 1891 die Werksteinarbeiten an den äußeren Fronten und im Innern des Gebäudes fertiggestellt werden sollen. Außerdem sollen die nöthigen Maurer-, Putz- und Stuckarbeiten fortgesetzt, sowie der Kuppelaufbau, die Wasserleitungs- und Entwässerungsanlagen gefördert werden.

* Entgegen anderen Nachrichten einzelner Blätter wird von unterrichteter Seite bestätigt, daß der Rücktritt des Landwirthschaftsministers Dr. v. Lucius wahrscheinlich ist.

* Der amerikanische Rechtsgelehrte Mr. Charles Gibson, welcher mit seiner Gattin zuletzt Gast beim Fürsten Bismarck war, hat Europa wieder verlassen. Unter den Amerikanern, welche in diesem Jahre Deutschland besuchten, wurde keiner seitens der hohen und höchsten Gesellschaftskreise so ausgezeichnet wie Gibson. In Berlin wurde Gibson alsbald nach seiner Ankunft vom Reichskanzler v. Caprivi und später wiederholt vom Staatssecretair des Auswärtigen Amtes, Frhr. von Marschall, empfangen. Kaiser Wilhelm welcher am 16. October von seiner Wiener Reise wieder eintraf, lud Mr. Gibson bereits zum 17. zum Frühstück nach dem Neuen Palais in Potsdam. An dem Frühstück nahmen das Kaiserpaar, die kleinen Prinzen und nur wenige Persönlichkeiten Theil, und Gibson wurde im kaiserlichen Hofwagen von der Eisenbahnstation nach dem Neuen Palais und wieder zurück befördert. Der Kaiser nahm wiederholt Gelegenheit, sich angelegentlich mit dem Amerikaner zu unterhalten, welcher letztere übrigens, ohne von seinem heimathlichen Gesandten vorgestellt zu werden, hier bei Hofe sowohl wie in Regierungskreisen der größten Zuvorkommenheit sich zu erfreuen hatte.

* Bei der Landtagswahl in Cleve hat der agrarisch-reactionäre Flügel des Centrums in der Person des Herrn von Loë wieder einmal einen Sieg über den demokratischen Flügel davongetragen. Die demokratisch gefärbten ultramontanen Wahlmänner hatten einen Gymnasialdirector a. D. Kösler wählen wollen; dieser Richtung hatte auch der verstorbene Vertreter des Wahlkreises, Dr. Virnich, angehört. Es schien eine Zersplitterung der ultramontanen Stimmen und ein Kampf zwischen den beiden Richtungen bevorzustehen. In letzter Stunde ist es aber gelungen, auch die demokratischen Centrumswähler für Herrn von Loë zu gewinnen oder zur Wahlenthaltung zu bewegen, so daß der hochreactionäre Agrarier ohne Widerspruch durchkam.

* In der letzten Sitzung des Meiningenschen Landtags wurde über die Veränderungen in der Organisation des Forstwesens verhandelt. Dabei betonte der Staatsrath Hiller, wenn gerechten Ansprüchen bezüglich der Gehälter entsprochen werden solle, so dürfe man sich keinen Luxus in der Zahl der Stellen erlauben. Die Aufhebung der Forstdepartements und die Einziehung mehrerer Oberförstereien sei deshalb erforderlich gewesen, weil nach den jetzigen Verhältnissen der Schwerpunct des ueberen Forstdienstes in den Oberförstereien liege, die Forstinspection bei den jetzigen Verkehrsmitteln sich vom Sitze der Regierung aus handhaben lasse, die Oberförstereibezirke zum Theil zu klein gewesen seien. Wenn geklagt werde, daß die neue Einrichtung das Aufrücken der jüngeren Forstbeamten hemme, so sei doch gerade in den letzten Jahren das Avancement ein gutes gewesen, und werde die Regierung auch in Zukunft bemüht sein, durch Aufbesserung der Gehalte eine Ausgleichung zu schaffen. — Nachdem noch einige Abgeordnete im Interesse der jüngeren Forstbeamten das Wort ergriffen und der Staatsrath von Buttler hervorgehoben hatte, daß die neuere Forstorganisation auch einer besseren Verwaltung der Gemeindeforsten günstig sei, da sie die Gemeinden nöthigen werde, besondere Forstbeamte anzustellen, wurde die Regierungsvorlage genehmigt. Auf die Interpellation des Abg. Schüler-Meiningen betreffs Ruhegehaltsberechtigung der städtischen Beamten und Diener erklärte der Staatsrath v. Buttler, daß die bezügl. Staatsregierung die Frage, ob den städtischen Beamten und Dienern Ruhegehalt zu gewähren sei, für eine dringliche halte, sie werde einen Gesetzentwurf hierüber, wahrscheinlich zugleich mit einem Gemeindegesetzentwurf, demnächst dem Landtage vorlegen. — Nachdem noch ein geforderter Zuschuß für die Volksschule von 11 500 ℳ für Unterstützung von Lehrern in Krankheitsfällen, sowie eine Vorlage, nach welcher die Aufseher des Zuchthauses zu Maßfeld während Ausübung des Nachtdienstes mit geladenen Revolvern bewaffnet werden sollen, genehmigt worden war, wurde der Landtag durch höchstes Reskript vertagt.

* Ueber den Gegenstand des nach Jahrhunderte langer Dauer jetzt endlich entschiedenen Rechtsstreites zwischen der freien Hansestadt Lübeck und Mecklenburg bringen die „Mecklenburgischen Nachrichten" folgende interessante Einzelheiten:

Auf der Insel „Ploenswerder" im Dassower Binnensee lag in alter Vorzeit das berüchtigte und gefürchtete „Raubschloß Dassow", dessen Inhaber der Schrecken der Handeltreibenden auf der lübeck-wismarschen Landstraße waren. Den verbündeten Lübecker und mecklenburgischen Kämpfern gelang es im Jahre 1261 das alte Raubschloß zu zerstören, der Hauptmann desselben, Ritter Scherle von Rummendorf, wurde gehängt. Als aber in den nachfolgenden Zeiten die erst jetzt durch Schiedsspruch des Reichsgerichts beendeten Streitigkeiten über die Landeshoheit auf diesen Gewässer entstanden und sich verschärften, sollte dieselbe Insel für beide Parteien Bedeutung gewinnen. Die Lübecker betrachteten den Werder als ihr Eigenthum und haben seit langen Jahren die Nachmahd desselben an zwei Dassower Ackerbürger verpachtet. Diese beiden Bürger zahlten nur eine ganz geringe Pacht, hatten aber von den Zeiten ihrer Vorältern her die Verpflichtung, die Schlutuper und Gothmunder Fischer auf ihren Gehöften aufzunehmen, wenn dieselben im Monat Mai in festlichem Schmuck und mit Musik mit ihren Kähnen bei Dassow landeten. Dies Fest hatte die Bedeutung, daß jene Fischer gegen eine ihnen vom Lübecker Senat gezahlte Vergütung die Vormahd auf dem sogenannten Ploenswerder abmähen sollten, um durch solche symbolische Handlung das Lübecker Hoheitsrecht am Dassower Binnensee zum Ausdruck zu bringen. Allein die Vormahd jenes Werders war, wenn die Lübecker Fischer kamen, fast regelmäßig schon von Dassower Einwohnern in Anspruch genommen, da man der Stadt Lübeck jenes Hoheitsrecht bestritt. So mußten denn beim Bollenfest die von Lübeck her anfahrenden Fischer sich begnügen, ein Minimum Gras auf jener Insel zu mähen und dann noch ein Stück Weges unter der Dassower Brücke durch die Stepenitz entlang nach Lütgendorf zu fahren. Dort wurde Rast gemacht, bei der Brücke ans Land gestiegen und mit Musik und wehenden Fahnen durch den Ort gezogen, wo vor dem Polizeigebäude ein siegesbewußtes Fahnenschwenken Platz fand. Ein bis zum nächsten Morgen dauerndes Tanzfest in zwei Gasthäusern beschloß die Feier. Schon seit Jahrzehnten hatten die Aussichten auf guten Verdienst die in früheren Zeiten selbstverständliche patriotische Weigerung, die fremden unbeliebten Gäste aufzunehmen, überwunden. Jene beiden Bauerngehöfte (Ploen und Klaien) haben schon lange nicht mehr die Lübecker Fischer beherbergt, nur noch den Lohn ihrer früheren Gastwilligkeit durch die Verpachtung der Nachmahd auf dem Ploenswerder genossen. Der Schiedsspruch des deutschen Reichsgerichts, durch welchen der Stadt Lübeck die Oberhoheit über den Binnensee zugesprochen ist, hat dieser aus dem Mittelalter stammenden symbolischen Handlung ein Ende gemacht. Dieser Tage waren Deputirte des Lübecker Senats in Dassow, um nun den alten historischen „Ploenswerder" mit Vormahd und Nachmahd gegen klingende Münze zu verpachten.

* Die gestrige Reichstagswahl in Würzburg zum Ersatz für den verstorbenen, dem Centrum angehörigen Dr. Stöhr hat wieder zu einem Sieg des Centrums, gleich im ersten Wahlgang, geführt. Der Schlächtermeister Neckermann, der als würdigster Vertreter dieser Universitätsstadt ausersehen worden, erhielt 5755, der Socialdemokrat Sagitz 2792, der Demokrat Krüber 1605 und der deutschfreisinnige Voigt 1157 Stimmen. Bei der Wahl im Februar hatte Dr. Stöhr 6107, der socialdemokratische Candidat 4615 und der demokratische 2542 Stimmen erhalten, in der Stichwahl siegte der ultramontane Candidat mit 7930 gegen 6720 socialdemokratische Stimmen. Es hat sonach bei allen Parteien ein Rückgang der Stimmen stattgefunden, am stärksten aber bei den Socialdemokraten (von 4615 auf 2792). Allgemeine Schlußfolgerungen darf man aber aus solchen vereinzelten Stichwahlen nicht ziehen.

* Ueber die sibirischen Eisenbahnen wird der „Politischen Correspondenz" aus St. Petersburg geschrieben:

In der russischen Geschäfts- und Eisenbahnwelt erwartet man mit Ungeduld die Entscheidung, welche betreffs der sibirischen Eisenbahn durch die im Finanzministerium zu dem Zwecke eingesetzte Special-Commission getroffen werden wird, um die Höhe der Summen zu bestimmen, welche im Jahre 1891 zur Ausführung der ersten Arbeiten auf dieser Eisenbahnlinie angewiesen werden sollen. Diese Commission wird auch die noch sehr streitige Frage entscheiden, ob